

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

**Kollegen! Agiert mit allen Kräften für die Stärkung unserer Organisation!
• • Nutzt die günstige Zeit aus! Meidet die Kampforte! • •**

Aufgaben der Organisation.

Die bisher von unserer Organisation herausgegebene Literatur ist noch sehr spärlich. Mit um so größerer Genugtuung wird daher das jüben erzielte Wert: "Der Einfluss unserer Organisation auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge" von den Mitgliedern unserer Vereinigung aufgenommen werden. Das stattliche Werk von 240 Seiten, von denen allein 169 auf Tabellen entfallen, bietet den Kollegen viel mehr, als man aus dem Titel zu entnehmen glaubt und läßt sich in drei große Abschnitte zergliedern. Wir erhalten daraus zum erstenmale eine summarische Zusammenstellung 1. über die Struktur, über die allgemeine Lage unseres Gewerbes und über die Bewegung und Entwicklung der Organisation in den einzelnen Orten, 2. gewinnen wir über den gegenwärtigen Stand unserer Vereinigung, über das derzeitige Lohn- und Arbeitsverhältnis überhaupt da, wo die Organisation festen Fuß gesetzt hat, einen sicheren Überblick und so werden uns zahlenmäßig die gewaltigen Erfolge seit dem 20jährigen Bestehen unserer Vereinigung im Fortschritt der Tarifbewegung vor Augen geführt. Dabei werden im textlichen Teil auch die prinzipiellen Grundlagen der Organisation gestreift.

Auf den reichen und vielseitigen Inhalt der Broschüre an dieser Stelle des näheren einzugehen, ist nicht möglich, dazu ist notwendig, daß jeder Kollege dieselbe studiert, in die Zahlen und Ergebnisse der statistischen Erhebungen einzudringen versucht und so ein übersichtliches Bild von der Lage unseres Berufes in Deutschland gewinnt. Die praktische Anwendung der Broschüre ermöglicht es jedem agitatorisch tätigen Kollegen, mit leichter Mühe interessante Vergleiche über die Erfolge zwischen dem einen und dem anderen Orte, zwischen Groß-, Mittel- und Kleinstädten oder auch über die Fortschritte zwischen den einzelnen Landesteilen und in den Agitationsbezirken anzustellen.

Jeder Kollege, der sich eingehend mit dem instruktiven Material des Werkes beschäftigt, für den beweisen die trockenen Zahlen mehr, als man in Worten darüber zu schreiben vermag und klar und deutlich wird er zur Erkenntnis gelangen, daß es einzig und allein nur der Organisation verdankt ist, daß fast in allen Orten, seitdem sie Eingang gefunden, die Löhne gestiegen, die Arbeitszeit verkürzt werden konnten, kurzum, daß eine allgemeine Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen Lage unserer Berufskollegen bewirkt wurde. Durch die vorgenommene Erhebung in den Orten, wo organisierte Kollegen vorhanden sind, wurde ermittelt, daß 69 498 Kollegen beschäftigt waren. Für 39 685 Berufskollegen, das sind 49,3 Prozent aller in Deutschland im Malergewerbe tätigen Arbeiter, sind bereits Ende des Jahres 1906 die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch 160 abgeschlossene Tarife geregelt gewesen. Für 73,3 Prozent der ermittelten Beschäftigten ist seit Gründung der Organisation eine Verkürzung der Arbeitszeit zu verzeichnen. Der größte Teil unserer Kollegen hat den offensichtlichen Arbeitstag hinter sich und Jahr für Jahr gehen wir weiteren Errungenschaften auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung, diesem Gebiet von so hoher kultureller Bedeutung entgegen.

Noch günstiger als das Resultat für die Arbeitszeitverkürzung ist das Ergebnis, daß wir bezüglich der Lohn erhöhung feststellen können. 99,5 Prozent der ermittelten Beschäftigten erzielten eine Lohnauflösung. So finden wir, daß u. a. 9996 Kollegen = 15,1 Prozent, ihren Stundenlohn um 10 %, 12963 Kollegen = 19,6 Prozent, um 15 % und 11 900 Kollegen = 17,9 Proz. um 20 Prozent durchschnittlich erhöht haben. Das sind Verbesserungen, die den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation handgreiflich darlegen und zugleich den Beweis erbringen, daß die Beiträge, welche die Mitglieder für die Organisation bringen, mit Zins und Zinseszinsen wieder zurückgestattet werden.

Doch mögen noch einige weitere Zahlen den Wert und Nutzen der Organisation bestätigen, indem wir aus den lehrreichsten Kapiteln der Broschüre die über die Mitgliederbewegung vom Jahre 1885 bis 1906 und über die Veränderung im Lohn- und Arbeitsverhältnis in der gleichen Zeit, einige herausgreifen. Mitgliederstand, Durchschnittslohn und Arbeitszeit betrugen in den nachstehenden Orten:

	Mitgl.	Arbeitszeit	Lohn	1885		1906	
				Std.	%	Std.	%
Altona	57	9	Std. 48 %	281	9	Std. 65 %	
Berlin	64	9	" 45 "	4454	9	" 65 "	
Bochum	24	11	" 35 "	53	10	" 48 "	
Cottbus	13	12	" 26 "	89	10	" 38 "	
Crefeld	51	12	" 25 "	117	10	" 43 "	
Cassel	9	10 1/2	" 28 "	465	9 1/2	" 44 "	
Darmstadt	39	10	" 32 "	780	10	" 48 "	
Dortmund	9	12	" 28 "	116	10	" 49 "	
Eberfeld	14	10	" 34 "	325	10	" 47 "	
Essen	23	11	" 30 "	363	10	" 50 "	
Flensburg	20	11	" 30 "	65	10	" 48 "	
Gera	21	12	" 24 "	85	10	" 39 "	
Hagen	13	11	" 34 "	68	10	" 47 "	
Hannover	61	10	" 38 "	550	9 1/2	" 50 "	
Harburg	29	10 1/2	" 32 "	67	9	" 59 "	
Lübeck	87	10	" 40 "	162	9 1/2	" 55 "	
Magdeburg	30	10	" 35 "	332	9 1/2	" 47 "	
Nostock	16	10 1/2	" 38 "	85	10	" 45 "	
Spandau	27	10	" 45 "	123	9	" 60 "	
Stuttgart	23	11	" 32 "	354	9 1/2	" 47 "	

Diese wenigen Beispiele sind ein so sprechender Beweis von den nur durch die Organisation errungenen Vorteilen, daß hiergegen jeder Zweifel versunken muß. Von welcher Bedeutung hierbei das Organisationsverhältnis ist, lehren uns obige Zahlen. Aber vieler und langwieriger Kämpfe und großer Opfer bedurfte es, um auf den Stand zu kommen, auf den heute unsere Organisation zurückblicken kann. Die Entwicklung unserer Vereinigung ist verbunden mit fortgesetzten Kämpfen, das lehrt uns unsere Streitsstatistik. Noch ist dieser Kampf nicht abgeschlossen, immer noch fehlen Kaufleute von Kollegen, die sich ihren kämpfenden Brüder nicht annehmen, denn die notwendige Unterstützung ist nicht gegeben. Hierin liegt die Hauptaufgabe der Tarifabschlüsse, die wir imstande, eine unglaubliche Verbesserung unseres Lohns- und Arbeitsverhältnisses herbeizuführen. Nach dieser Richtung hin ist der Zweck der Broschüre, auf Grund der beiden im Jahre 1905 und 1906 aufgenommenen Statistiken den Kollegen einen Einblick in die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse und soziale Lage unserer deutschen Berufskollegen zu werfen, in vollem Maße erfüllt. Zugleich ist damit eine Grundlage geschaffen zur notwendigen weiteren agitatorischen und organisatorischen Tätigkeit. Eine Fülle von Material ist den Kollegen an die Hand gegeben, aus dem sie hinreichend Stoff zur Aufklärung und Belehrung, zur Aufmunterung um weitere Verbesserung und zur Bekämpfung noch bestehender Missstände gewinnen können.

Zur Agitation in Rheinland und Westfalen.

Nach dem Tarifabschluß für das rheinisch-westfälische Gebiet erzielte es der Vorstand als eine wichtige und dringende Aufgabe, in sämtlichen Orten, für die der Vertrag Geltung hat, Versammlungen abzuhalten, um die Tarifaktion einer kritischen Würdigung zu unterziehen. In allen Versammlungen, die in der Zeit vom 25. Mai bis 6. Juni stattfanden und in denen die Kollegen Tobler, Krüger, Wenker, Marx-Hamburg, Leinert-Hannover, Buchelt, Beringer-Cöln, Zimmermann-Frankfurt a. M., Mehrhorn-Erfurt, Ursberg-Dortmund und Bachaus-Eberfeld referierten, lautete die Tagesordnung: "Was bietet uns der abgeschlossene Tarif für Rheinland und Westfalen?" In großen Zügen wurde von den Referenten dargelegt, welche Vorteile der neue Tarif für die Organisation bietet, dem eine 10wöchige Kampfessauer vorangegangen war. Und um so größer seien die Vorteile zu bewerten, da bekanntlich von den Unternehmern zum ersten Male in großem Maßnahmen der Versuch unternommen worden war, eine Machtprobe zur Unterdrückung unserer Organisation zu inszenieren. Doch lehne man wohl auch nach und nach im Unternehmerlager ein, daß die heutigen im Kampfe erprobten Gewerkschaftsorganisationen zu einem gewaltigen Machtfaktor geworden wären, die man als gleichberechtigt anerkennen müsse. In dieser Anerkennung unserer Organisation, in der Feststellung eines Mindestlohnes, in der Regelung der Arbeitszeit, der Bußgasse bei Überstunden, Landarbeit usw., wodurch manche mit der Zeit sich eingeführte Missstände beseitigt wurden, liege die hohe und weittragende Bedeutung dieses kollektiven Tarifvertrages. Zu allem darf bei richtiger, objektiver Erwägung der Verhältnisse nicht außer Acht gelassen werden, daß von den 37 in die Tarifgemeinschaft aufgenommenen Stadtbezirken

in 22 bisher noch kein Tarif bestanden habe. Gewiß, es wäre nicht möglich gewesen, alle berechtigten Forderungen zu erringen, aber mit diesem allein der Organisation zu dankenden Vorstand sei der Weg geebnet zu weiteren Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Rheinland und Westfalen. Über nur, wenn nicht verhindert werde, jetzt mit aller Macht unsere Stellen zu stärken, denn viel sei bisher versäumt worden, und das nachzuholen, den Tarif streng innehaltend, sei nunmehr die notwendigste Aufgabe jedes einzelnen Kollegen.

In der sich anschließenden Diskussion wurden wohl von einzelnen Kollegen manche Wünste bemängelt und auch mit Recht hervorgehoben, daß die vereinbarten Minimallöhne längst nicht den notwendigsten Bedürfnissen entsprechen, im allgemeinen wurde aber doch eingesehen, daß unter den obwaltenden Umständen und in Abrechnung der noch zahlreichen gleichgültigen Massen unter den Berufskollegen vorläufig keine besseren Resultate zu erzielen waren, denn was erreicht sei, das sei einzig und allein auf das Konto unserer Vereinigung zu schreiben. Je besser diese ausgebaut und an Mitgliedern verstärkt würde, desto erfolgreicher würden auch dann ihre ferneren Bemühungen um die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage sein. In einzelnen Versammlungen, wo Mitglieder anderer Organisationen erschienen waren, wurde von diesen ebenfalls auf die Vorteile des Tarifs hingewiesen und gewünscht, daß die Anstreicher und Maler nunmehr auch mit den übrigen Verbänden im Baugewerbe z. Hand in Hand arbeiten, mit dem in manchen Kreisen noch schwachen "Künstlerdünkel" müsse aufgeräumt werden. Die betr. Genossen versprachen, unsere tätigen Kollegen in ihrer Agitationsarbeit kräftig zu unterstützen. Auch christlich organisierte Kollegen, die sich in einigen Versammlungen eingefunden hatten, erklärten sich mit dem Ergebnis des Tarifabschlusses einverstanden. In Hagen trat dem Kollegen Leinert der Führer einer christlichen Organisation entgegen, der es ausgeregt hatte, daß Kollege Leinert hervorhob, die Berapsplitterung der Arbeiter sei zwecklos und schädlich. Niemand vermöge einen zwingenden Grund nachzuweisen, daß zwei Arbeiterorganisationen den Tarif abschließen; eine sei unbedingt überflüssig, wenn beide Organisationen das gleiche materielle Ziel verfolgen. Nachdem dann Leinert nachwies, daß unsere Organisation für die Mehrzahl aller deutschen Kollegen die Arbeitsverhältnisse festsetze und darum die Christlichen ihre Sonderbestrebungen aufgeben sollten im Interesse der Gesamtheit der Kollegen, kam er zu dem Schluss, daß die Kraft und der Aufwand von Macht zur Bekämpfung unserer Organisation besser gegen das Unternehmertum sich richten müsse. Der christliche Führer befürwortete, daß Kollege Leinert nicht anerkannt habe, daß die "Christlichen" treue Waffenbrüderchaft gehalten. Das beweise gerade, daß mehrere Organisationen bestehen könnten und nicht, daß alle einig sein müßten! Dieser seltsame Logik folgte er dann noch hinzu: den Klassenkampf verwerfen wir ohne weiteres, aber wir erziehen unsere Mitglieder zum Klassenbewußtsein! Also klassenbewußte christliche Gewerkschaften verabscheuen den Klassenkampf! Was mag das für Klassenbewußtsein sein, das den Leuten eingeimpft wird?

Im Gruben und Gangen ließ, nach dem Besuch der Versammlungen zu urteilen, das Interesse der Kollegenschaft recht viel zu wünschen übrig. Waren auch einige Versammlungen recht gut besucht, so kann dies leider im allgemeinen nicht gelagt werden; in mehreren Orten konnten sie nicht stattfinden. Hier bleibt noch viel zu verbessern übrig.

Mögen unsere rheinisch-westfälischen Kollegen nun die Zeit der Tarifdauer zur energischen Agitations- und Organisationsarbeit, zur inneren Festigung und Stärkung unserer Vereinigung benutzen, damit nach Ablauf der Periode es unserer wohlgereisten und schlagfertigen Organisation gelingt, mit den Arbeitgebern weitere Verbesserungen festlegen zu können und der Schatzwachtergeist bei ihnen nicht mehr die Oberhand gewinnt. Die Zeit des Friedensschlusses darf unter keinen Umständen eine Periode der Stille, des süßen Nichtstuns sein, sondern sie muß aufs sorgfältigste ausgenutzt werden. Wir verkennen nicht, daß die Arbeit eine schwierige ist, vor allem unsere Freiheit durch Ausführung neuer Mitglieder zu stärken — aber sie muß geleistet werden, soll es vorwärts gehen. Wo vor Jahren noch es der gewerkschaftlichen Pionierarbeit nicht möglich war, festen Fuß zu fassen und sich ihr die schwierigsten Hindernisse entgegenstellen, stehen wir heute frohen Mutes dieser Mühe Preis: Filialen und Zahlstellen in der günstigsten Entwicklung. Selbstverständlich bedarf es eben der Mitarbeit aller Kollegen, ohne

legt, das Gehrgeld für Straßen- oder Staatsbahn zu vergüten: Schöna, Neustadt, Siegmar, Reichenbrand, Rottluss, Fürth, Neu-Ebersdorf, Helbersdorf, Wartendorf, Vorna, Harktha, Erfenschlag, Reichenbach und Hermersdorf.

S. 5. Kündigung findet beiderseits nicht statt.

S. 6. Die Lohnzahlung hat jeden Sonnabend nach Beendigung der Arbeitszeit stattzufinden und ist jedes angehörliche Warten der Arbeiter auf Lohn unstatthaft. Eine Wartezeit von über einer halben Stunde ist zu bezahlen. Der Weg gilt nicht als Wartezeit. Der Lohn ist möglichst auf der Arbeitsstelle auszuzahlen.

S. 7. Akkordarbeit ist möglichst zu vermeiden, jedenfalls ist die tarifmäßige Arbeitszeit einzuhalten.

S. 8. Dieser Tarif hat nur in Verbindung mit den zur Zeit bestehenden Arbeitsbedingungen Gültigkeit.

S. 9. Zur Überprüfung dieses Tarifs, sowie zur Schlichtung event. entstehender Streitigkeiten ist die bestehende Kommission für Tarifstreitigkeiten zuständig. Die Kommission hat zusammenzutreten, wenn dies von einem der beiden vertragschließenden Teile beantragt wird.

S. 10. Maßregelung wegen Teilnahme an einer Lohnbewegung und Zugehörigkeit zur Organisation findet nicht statt. Untererstes sind Werkstattsperrern seitens der Gehilfenforschung unzulässig, ohne vorher bei Differenzen die in S. 9 genannte Kommission gehört zu haben.

S. 11. Der Tarif hat in jeder Werkstelle an bequem zugänglicher Stelle auszuhangen.

S. 12. Dieser Tarif tritt mit dem 18. Mai 1907 in Kraft, hat eine Gültigkeitsdauer bis 1. April 1910 und läuft schweigend weiter, so lange nicht eine Kündigung von der einen oder der anderen Seite erfolgt.

Die Kündigung hat ein Halbjahr vorher zu erfolgen.

Für die Zwangsinnung der Maler und Lackierer

Der Vorstand:

Louis Schmalz, Obermeister.

Karl Bielenberg, 2. Obermeister.

Der Gehilfenausschuss:

Max Schmidt, Altgehilfe, Emil Illing, für den Arbeitgeberverband des Maler-, Lackierer- und Anstreichergewerbes der Kreischaupiarmaschft Chemnitz;

Otto Gollmann, 1. Vorsitzender.

Paul Kandler, 1. Schriftführer.

Für die Vereinigung der Maler, Lackierer,

Anstreicher u. w. Deutschlands:

Otto Streine, Bezirkleiter.

Oscar Weise, Vertrauensmann.

Durch den Tarif haben die Chemnitzer Maler gehilfen u. a. eine Erhöhung des bisherigen Minimallohnes um 11 Prozent und die Anstreicher eine solche von 14 Prozent, außerdem eine Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde erreicht. Vergewissernkt man sich ferner, wie tief traurig die Lohnverhältnisse unserer Kollegen noch vor 3 Jahren in Chemnitz standen, so beweist gerade das Chemnitzer Beispiel, was unsere Organisation vermag. Da aus der uns aufgezeigtenen Absperrung unsere Organisation völlig ungefährdet hervorgeht, liegt es nur an den Kollegen selbst, auf dem Errungenen weiter zu bauen. Die Organisation wird es wie bisher so auch in Zukunft an nichts fehlen lassen.

= Döbeln i. W. Die Kollegen von Döbeln haben am 25. Mai mit ihren Arbeitgebern einen Tarif vereinbart. Dies ist schon deshalb ein guter Erfolg, weil im übrigen im Vogtlande unsere Arbeitsverhältnisse noch sehr ungeregelt sind.

Gehilf baran tragen in erster Linie die Kollegen der als Mittelpunkt des Vogtländes geltenden Großstadt Plauen, die organisatorisch noch so weit zurück sind, dass sie an der Hebung der Arbeitsverhältnisse des Vogtländes praktisch zunächst noch keinen Anteil nehmen können. Darunter muss natürlich die ganze weitere Umgebung leiden. Während nun im Vorjahr die Fleichenbacher Kollegen nach einem kurzen Streit einen Tarif abschließen konnten, sind ihnen jetzt die Döbelner Kollegen gefolgt, die, ohne streiken zu müssen, zu einem unter Berücksichtigung aller Nebenumstände annehmbaren Tarifabschluss gelangten. Zu einem Konflikt kam es nur bei C. A. Müller, der zunächst nicht unterzeichnen wollte. Dies veranlaste seine gut organisierte Gehilfenforschung, ihm eines Montags früh die Arbeitsniedrigung anzuhören. Als dann unsere Kollegen damit auch tatsächlich Ernst machten, bekannte er sich schon nach einigen Stunden vor dem Gewerbege richt seine Unterschrift zu geben. Heute steht nur noch die für uns nicht besonders in Betracht kommende Firma Schmerler, außerhalb des Vertrages. Die hauptsächlichsten Bestimmungen des Tarifs sind: 10stündige Arbeitszeit, ein Minimallohn von 38,- pro Stunde. Auf alle bisher gezahlten Löhne sind 2,- pro Stunde mehr zu zahlen. Auf Überstunden von 7 bis 10 Uhr abends sind 5,- auf Nacharbeit, solche für Sonn- und Feiertagsstunden sind 10,- pro Stunde zu zahlen. Der Lohn ist pünktlich und möglichst auf der Arbeitsstelle auszuzahlen. Bei Nachtarbeit ist für Betriebte 1.50,- für Lebige 1,- pro Tag, sowie einmalige Hin- und Rückfahrt zu bezahlen. Wo nicht übernachtet wird, sind 50,- für Mittagessen zu bezahlen. Gegenseitige Kündigung findet nicht statt. Buscharbeiter müssen unterbleiben. Der Tarif gilt bis 26. Mai 1909. Mag dieser Erfolg der Döbelner Kollegen die Kollegen an verschiedenen Orten des Vogtländes, besonders aber die Plauens anstreben, ihre Organisation ebenso auszufalten, damit sie in gleicher Weise mit dazu beitreten können, geordnete Verhältnisse einzustreben. Der Ausbau der Arbeitgeberverbände auch im Vogtlande sollte diese Einsicht ohne weiteres noch stärken.

= Hagen. Am 6. Juni wurde die Arbeit eingestellt, weil die Arbeitgeber sich weigerten, die in Essen getroffenen Beschlüsse durchzuführen. Die Arbeitgeber machen geltend, dass Hagen bei dem am 8. Mai abgeschlossenen Vertrage ausscheiden müsse, da der alte Tarif bis zum 15. Mai Gültigkeit hätte. Wir dagegen waren der Ansicht, dass Hagen in der Lohnkala mit aufgeführt ist, dass die dortigen Beschlüsse auch für sie bindend seien. Eine Einigung wurde deshalb nicht erzielt, was auch dem Oberbürgermeister und Reichstagsabgeordneten Herrn Gunz, welcher beratend eingreifen wollte, nicht möglich war.

Unsererseits wurde nun das in Essen unter dem Vorzeichen des Beigeordneten Herrn Dr. Wiesfeldt eingeführte Einigungsamt angerufen, das aber nicht in Tätigkeit treten konnte, weil Hagen durch die Nichtanerkennung der Beschlüsse dem Einigungsamt nicht unterstellt ist. Herr Dr. Wiesfeldt übernahm jedoch den Einigungsversuch, der nicht resultlos verlief. Die Hagenen Arbeitgeber weigerten sich nur deshalb die in Essen festgelegten Mindestsätze und Erhöhung der bestehenden Löhne einzutreten zu lassen, weil sie im vorigen Jahre im Durchschnitt den Stundenlohn um 5,- erhöhen mussten.

Nach 5stündiger Verhandlung wurde nachfolgendes vereinbart, dem die Meister- und die Gehilfensversammlung zustimmt: Bei Aufnahme der Arbeit beträgt der Mindestlohn im 2. und 3. Gesellenjahr 42,- pro Stunde, über 20 Jahre alte Gehilfen 46,- ab 1. Oktober 1907 47,-. Im übrigen werden die am 31. Dezember 1906 gezahlten Löhne um 2,- pro Stunde erhöht. Überstunden werden mit 10,- Nacht- und Sonntagsarbeit mit 25,- Aufschlag pro Stunde bezahlt. Bei auswärtiger Arbeit wird als Vergütung für Mittagessen bei Verheiraten 75,-, den Ledigen 60,-, bei Übernachtung für Verheiraten 1.50,- und für Lebige 1,- pro Tag bezahlt. Die Hagenen Kollegen haben durch die Arbeitsaufstellung die Arbeitgeber gezwungen, trotz ungewöhnlichen Straubens die Lohnsätze und den Mindestlohn in diesem Jahre um 2,- zu erhöhen, was als Erfolg bezeichnet werden muss. Möge nun mehr fleißig an dem Ausbau der Organisation gearbeitet werden, damit wir 1909 gerüstet dastehen.

= Bischofsheim (Wohlstelle zu Mainz). Nachdem am 14. Mai durch die Filiale Mainz hier eine Wohlstelle gegründet wurde, kamen nun auch sofort die Kollegen zur Erkenntnis, dass es nun die höchste Zeit sei, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln. Die übergroße Mehrzahl der hier beschäftigten Kollegen (darunter ein guter Stamme aus Groß-Gerau, der Filiale Darmstadt zugehörig) war organisiert. Ferner war eine äußerst günstige Geschäftskonjunktur vorhanden. Also waren so ziemlich alle Vorbereidungen für einen ansichtsvollen Vorschlag gegeben. Sollte nun etwas erzielt werden, so durfte nicht lange gezaudert werden. Die Forderungen beraten, formulieren und sodann den Meistern überenden, war das Werk von zwei Tagen. Am 6. Juni haben wir die Forderungen eingereicht und zugleich um eine Unterhandlung am 9. Juni ersucht. Diesem Ersuchen wurde auch bereitwilligt stattgegeben. So fand denn am Montag morgen den 10. Juni eine Unterhandlung statt. In kürzer Zeit war man sich einig und wurde dann auf friedlichen Wege ein für die Bischofsheimer Kollegen günstiger Tarif auf zwei Jahre vereinbart. Die 10stündige Arbeitszeit, einen Minimallohn für Gehilfen unter 20 Jahren von 40,- für Gehilfen über 20 Jahre von sofort ab, 48,- vom 1. Oktober d. J. ab, aber einen Minimallohn von 50,- pro Stunde. Diese Lohnregulierung bedeutet gegen die selbsterlegten Löhne eine Erhöhung von 5-10,- pro Stunde. Somit haben wir, die Gesamtfiliale Mainz, in Bischofsheim den höchsten Minimallohn, der mit 50,- pro Stunde tarifmäßig festgelegt ist. In Mainz selbst werden allgemein nur 48,- pro Stunde gezahlt. Ferner wurde eine Vergütung für Überstunden mit 10,- für Nacht- und Sonntagsarbeit mit 20,- pro Stunde festgelegt. Durch diesen Tarif sind die Forderungen unserer Kollegen in ihrem vollen Umfang gewilligt worden. Die Kollegen haben nur alle Freude, sich ihres Erfolges zu freuen. Diesen schönen Erfolg haben sie über nur ihrer schlüssigen Organisation und ihrem geschickten Vorgehen zu verdanken. Es muss aber auch anerkannt werden, dass die Meister in Bischofsheim die Arbeitverhältnisse begriffen haben, indem sie die Berechtigung der Gehilfenforderungen einsahen. Nun gilt es für die Kollegen, den errungenen Tarif mit allen Mitteln hochzuhalten, also fest und treu wie seither an ihrer Organisation zu stehen.

= Lambs. Der Streit der hiesigen Tünker ist noch immer nicht beendet. Die Zahl der Streitenden hat sich auf 3 verengert, die übrigen Kollegen sind anderweitig in Arbeit getreten. Die Arbeitgeber wollen absolut nichts von einem Vohntarif wissen, denn ihre rückständigen Ansichten lassen eine bessere Erkenntnis nicht zu. Trotz allen Straubens werden sie aber doch einsehen müssen, dass man nicht lange gegen den Strom schwimmen kann und dass es besser ist, man einigt sich mit seinen Arbeitern, ehe man allzu großen Schaden leidet.

= Tübingen. Der Tarif der Tünker ist es gelungen, in den ersten 10 Tagen die Arbeit zu beenden. Am 1. Juni ist der Tarif eingetragen, am 2. Juni ist er eingetragen und abgerufen. Der Mindestlohn für ausgebildete Gehilfen ist auf 40,- pro Stunde festgesetzt. Vom zweiten Jahre nach beendeter Lehrezeit werden 43,- und für ältere Gehilfen 45,- pro Stunde bezahlt. Überstunden werden mit 5,- und Sonntags- und Nacharbeit mit 10,- pro Stunde mehr bezahlt. Bei Überlandarbeiten geschieht der Hinweg in der Arbeitszeit und sind 50,- für Mittagessen zu vergütet. Wer an dem Orte übernachtet, so ist freie Station über M. 1.50 mindestens zu vergütet. Für Arbeiten an Häusern, Brücken und Mauern ist ein Aufschlag von 5,- pro Stunde zu bezahlen. Der Tarif hat Gültigkeit vom 1. Mai 1907 bis 1. Mai 1909. Es ist zwar eine teilweise Lohnverhöhung von 2-3,- erreicht, hingegen ist zu versichern, dass die Mehrbezahlung für Überstunden von 10 auf 5,- herabgesetzt ist. Sache der Wolfsbütteler Kollegen ist es nun, dafür zu sorgen, dass der Tarif ungehindert bleibt.

Aus unserem Berufe.

= Bernau. In der Maschinenfabrik von Orenstein u. Koppel starzte am 12. Juni der Malerlehrling Kade von einem Gerüst und erlitt einen Schädelbruch. — In Hamburg brach' der Maler Meh am 13. Juni, als er in der Heitmannstraße auf einem Haussdachgrat in der Höhe der vierten Etage achtete mit einem Brett durch und stürzte ab. Es glitt ihm, beim Fallen in der dritten Etage in eine Fensterscheibe hineinzu greifen und sich festzuhalten, so dass es mehreren Personen gelang, ihn in die Wohnung hineinzuziehen. Leider hatte sich Mr. schwer Schnittwunden zugezogen, sodass er alsbald nach dem Krankenhaus gebracht werden musste.

Vom Ausland.

= Österreich. Zugang ist strengstens fernzuhalten nach: Bozen, Klagenfurt, Linz, Marburg, Mehlis, Krakau und Warschau. Ebenso ist Zugang von Anstreicher und Lackierern fernzuhalten nach Wien, Maschinenfabrik Waggoner und Fahrabwerke Petrich & Comp., Augsburg bei Wien.

= Ungarn. Da in Ungarn in einer Reihe von Orten Lohnkämpfe und Werkstallstreiks bestehen, darf kein Kollege in Arbeit treten, bevor er in Budapest beim Hauptvorstand unseres Brüderverbandes nähere Information erhalten hat.

= Serbien. In Godjeway bei Belgrad sind die Lackier-

er und Maler der Metallwarenfabrik in den Streik getreten.

= Schweiz. Gesperrt sind für Maler: Baden, Basel, Luzern, Montreux und Gebiet Bürksee; für Lackierer die Wagenfabriken C. & R. Weißberger und Gebr. Meier in Bürk.

= Schweißen. Die Aussperrung der Maler in Stockholm ist beendet. Der Sieg ist ganz auf der Seite unserer Kollegen, denn die von ihnen aufgestellten Forderungen sind bis zum heutigen Punkte erfüllt worden. Kollege Ortegreen schreibt uns: „Wir hatten einen Stundenlohn von 75,- Drei verlangt und eine Arbeitszeit von 9 Stunden pro Tag. Nach vielen langwierigen Verhandlungen reduzierten die Arbeitgeber diese Forderungen auf eine Arbeitszeit von 9½ Stunden pro Tag und 64,- Drei pro Stunde, um einen offenen Streit zu vermeiden. Die Arbeitgeber aber fanden diese Opfer der Arbeitnehmer gar keinem Wert und stellten sogar den Antrag, dass die Arbeiter vertraglich die Garantie bieten müssten, ohne jeden Protest mit den Mitgliedern der „gelben“ Organisation als Kollegen zusammen zu arbeiten. Diese „gelbe“ Gewerkschaft hat in unserem Gewerbe nur 15 Mitglieder in Stockholm und sonst im Lande überhaupt keine Mitglieder. Da nun die Meister einen herziglich niedrigen Vorschlag brachten, und auf keinen Fall eine Verkürzung der Arbeitszeit eingehen wollten, kam der Vertrag nicht zum Abschluss und die Aussperrung trat mit dem 15. April ein. Der Kampf dauerte gerade 8 Wochen und kostete unsern Verband 26.000 Kronen und der Generalausschuss der Gewerkschaften 16.000 Kronen. Die Zahl der ausgesperrten Kollegen betrug in der zweiten Woche des Kampfes nur kaum 800 Mann. Die Arbeitgeber hatten gedroht, 2000 Gehilfen auszusperren! In letzter Woche ging die Zahl der Ausgesperrten herunter bis auf 200.“

Durch den nun abgeschlossenen Vertrag wird bis zum 1. April 08 ein Minimallohn von 64,- Drei pro Stunde gewährt bei zehnstündiger Arbeitszeit, das folgende Jahr 9½ Stunden und 68,- Drei pro Stunde, das dritte Jahr 70,- Drei und 9½ Stunden und das vierte Jahr (bis zum 1. April 1911) die Stunde 75,- Drei und 9½ Stunden Arbeitszeit. Die zwei ersten Stunden nach Schluss der gewöhnlichen Arbeitszeit werden mit 50 Proz. auf den festgelegten Lohn vergütet. Nacht- und Sonntagsarbeit mit 100 Proz. auf den Stundenlohn. Außer den gewöhnlichen Bestimmungen für die Auszubildenden sind auch noch für die Lehrlinge Paragraphen eingeführt. Die Löhne und die Arbeitszeit der Lehrlinge sind also nun mehr auch geregelt worden.“

Allles in allem haben unsere Stockholmer Kollegen durch diesen Kampf einen guten Fortschritt gemacht und es bewährt sich auch bei dieser Aussperrung, die inszeniert war, um unsere Brüderorganisation niederzuwerfen, ein Teil von jener Kraft, die das Böse will und doch nur Gutes schafft.

= Frankreich. Paris. Der seit 30 Jahren in Paris bestehende Deutsche Sozialdemokratische Verein hält seine regelmäßigen Versammlungen an jedem Sonnabend um 9 Uhr im großen Saale des Restaurant Senn, 9, Rue de Verdun (Palais-Royal) ab. Einem Vortrage aus politischen oder wissenschaftlichen Gebiete folgt die Diskussion, an der jeder Ungehörige sich beteiligen kann. Eine außerordentlich reichhaltige Bibliothek steht den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung. Kurz vor der französischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittenen werden abgehalten. Deutsche, österreichische, französische, schweizerische Parteiblätter liegen zur freien Benutzung im Clublokal aus. Gesellige Veranstaltungen, Besuche von Museen und anderen Sehenswürdigkeiten werden unternommen. Einen Arbeitsnachweis besitzt der Club nicht, jede sonstige Unterweisung wird den Zureisenden in brüderlicher Weise geboten. Es ist jedem nach Paris kommenden Gewissen zu empfehlen, sich an den Deutschen Sozialdemokratischen Verein zu wenden. Allerdings ist ein Mitglied der Ordnerkommission anwesend.

= Amerika. In New York haben eine große Anzahl der unabhängigen Firmen sowie die Vereinigung der Dekorationsmeister, der 17 Firmen angehören und die Hauptrolle spielen, die Forderung auf Lohnverhöhung bewilligt. Lackierer jedoch, die in den Werkstätten arbeiten, sind hier von ausgeschlossen. Die Vereinigung der Maler- und Anstreichermeister hat sich bis jetzt geweigert, die Forderung zu bewilligen und arbeitet mit Streikbrechern. Das Leid ist, dass keine Solidarität unter den übrigen Handwerkern in New York herrscht; die arbeiten ruhig mit den Stabs und die Arbeitgeber haben den Vorteil. Die Lohnstabs ist folgende: 4,50 Doll. für Dekoratoren; 4 Doll. für Anstreicher, 4 Doll. für Lackierer an Gebäuden, 3,50 Dollar für Werkstattlackierer; für Tapetierer nach den Preissätzen. Die Arbeit ist noch ziemlich flau und werden noch einige Wochen vergehen, ehe der Geschäftsgang ein lebhafterer wird.

Wie uns aus New York mitgeteilt wird, kommen immer noch organisierte Kollegen zugereist, die sich vor ihrer Abreise nicht das Geringste darum gekümmert, wohin sie sich bei ihrer Ankunft zu wenden haben und so bei Souveränorganisationen sich anmelden, bei denen sie noch bis zu 100,- Aufnahmgebühren entrichten müssen. Wir stehen seit mehreren Jahren mit dem Nordamerikanischen Centralverband der Maler, Anstreicher und Tapetierer in Verbindung und haben auch auf die für auftretende Kollegen der mit uns im Kartellvertrage stehenden Brüderchaft (Brotherhood of Painters, Decorators and Paperhangers of America) betreten. Der statutarische Paragraph lautet:

„Kollegen vom Auslande, welche mit einem Verbandsbuch oder Karte ausgereist kommen und schon zwei Jahre ihrer Nationalorganisation angehört, sind mit Bezahlung eines Jahresbeitrages (b. h. reguläre Monatsbeiträge) aufzunehmen und treten sofort in die vollen Ansprüche.“

Da die Aufnahmgebühren bekanntlich in den meisten Städten sehr hohe sind, wird dadurch den zugereisten organisierten Kollegen endlich ein freundliches Entgegenkommen gezeigt und die faulen Ausreden fallen somit hinweg.

Wir bitten, vor allem unsere Filialverwaltungen, dies zu beachten. In New York befindet sich der Deutsche Malerverein, Lokalunion 499 von der Brüderchaft der Maler z. T. Templ, 84 Str. zwischen 2. u. 3. Ave. City.

Beilage zu Nr. 25 des „Vereins-Anzeiger“ vom 22. Juni 1907.

Tabellarische Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben sämtlicher Filialen für das 1. Quartal 1902.

Abrechnung der Hauptkasse vom 1. Quartal 1907.

Ginnahme:

Marken à 35 ₣ (Hauptkasse)	51856.70
Marken à 10 ₣ (Hauptkasse)	34445.20
Eintrittsmarken à 1 ₣	6297.—
Eintrittsmarken à 50 ₣	2.50
Duplicate	63.—
Broschüren	22.20
Kalender	688.70
Weitäge für die Filialen	49040.98
Sonstige Einnahmen in den Filialen	97.90
Extramarken bei der Hauptkasse	891.50
Zinsen	1006.25
Sonstige Einnahmen bei der Hauptkasse	20.90
Gesamt-Einnahme ₢ 144432.80	

Ausgabe:

Agitation vom Hauptvorstand	303.50
Agitation von den Agitations-Kommissionen	7800.—
Vereins-Anzeiger	10121.40
Örtliche	92.23
Konferenzen	181.90
Streikunterstützung (laut Tabelle)	39999.03
Krankenunterstützung (laut Tabelle)	83191.55
Reiseunterstützung (laut Tabelle)	9608.54
Gemäßregelkunst und Inhaftierungenunterstützung (laut Tabelle)	2480.15
Rechtschutz (laut Tabelle)	946.24
Gehälter in den Filialen (laut Tabelle)	12335.—
Versicherung der Filialbeamten (laut Tabelle)	264.38
Sterbeunterstützung (laut Tabelle)	3205.—
Sonstige Ausgaben in den Filialen (laut Tabelle)	2.90
In den Filialen verblieben (laut Tabelle)	50238.60
Beitrag an die Generalkommission	1760.16
Beitrag an die Zentralkommission für Bauarbeiter-Schutz	294.70
Drucksachen, Marken, Stempel	4236.55
Rechtschutz im Hauptvorstand	14.05
Gehälter des Vorstandes	1975.—
Hilfsarbeiter und Aushilfen	1734.—
Revisoren und Vorstand	93.50
Versicherung der im Bureau Beschäftigten	61.80
Reinigung, Licht, Miete und Heizung	208.72
Telephon	54.20
Porto	552.61
Kleine Ausgaben	19.08
Besondere Unterstützung	80.—
Inventar und Reparaturen	39.86
Gesamtausgabe ₢ 175893.65	

Villana:

Einnahme	ℳ 144 432.80
Ausgabe	ℳ 175 893.65

Mehrausgabe im ersten Quartal ₢ 31 462.85

H. Wentler, Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden:

Hamburg, den 16. Juni 1907.
A. Kohler, Vorsteher. S. Heitrich, Schriftführer.
J. H. Bulle, C. Buhmann, Revisor.

Die vorliegende Abrechnung schließt mit dem 23. April 1907 ab. Alle Gelder, welche nach diesem Datum an die Hauptkasse abgesandt wurden, können erst im 2. Quartal berechnet werden.

Außerdem in der Abrechnung zur Berechnung kommenden Marken wurden 1061beitragsfreie Marken geheftet. Demnach ist die Mitgliederzahl nach 13 Wochenbeiträgen berechnet 37 975 Mitglieder, wovon 45 weibliche.

Von den Filialen Umlauf und Bromberg sind in der Tabelle die Abrechnungen statt vom 1. Quartal diese vom 4. Quartal veröffentlicht, weil vom 4. Quartal die Abrechnung zu spät einging.

Unsere Lohnbewegungen 1906.

2. Bezirk.

Die Lohnkämpfe setzten im zweiten Bezirk im Jahre 1906 noch heftiger und von etwas weniger Glück — wie im Vorjahr — begleitet, ein. Die Arbeitgeberorganisationen traten den Forderungen unserer Kollegen vollständig verschieden entgegen. In der einen Stadt minimale Zugeständnisse und zähes Hefthalten daran, in der andern vollständige Ablehnung der Forderungen und in dem dritten Streitort Unterwerfung des Mindestlohnes mit Einführung der Mindestleistung.

In Homburg v. d. H. wurden unsere eingereichten Forderungen vom Mitteldeutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe mit dem Sieg in Frankfurt a. M. mit der Mitteilung beantwortet, daß die Arbeitgeber im genannten Verband organisiert und diesen mit den Verhandlungen beauftragt haben. Die Homburger Arbeitgeber machten aber in der ersten Sitzung so minimale Angebote, daß sie selbst dem Vorsitzenden Herrn Lüscher etwas niedrig erschienen. Die Arbeitgeber hielten an ihren minimalen Zugeständnissen fest und so legten am 19. März 121 Kollegen — nur einer blieb stehen — die Arbeit nieder. In der ersten Streitwoche kam es zu weiteren Verhandlungen, ohne befriedigendes Resultat. Erst in der vierten Streitwoche — nachdem die Arbeitgeber die Festigkeit der Streikenden immer mehr fühlten konnten — gelang es in weiteren 2 Sitzungen eine Einigung auf der Grundlage der 9½ stündigen Arbeitszeit, die den heikumstrittendsten Punkt bildete, sowie eines Stundenlohnes von 45 ₣ für ältere und 35 ₣ für jüngere Kollegen zu finden. Der Streit, an dem 89 Kollegen von unserer Organisation und 32 christlich Organisierte beteiligt waren, kostete 1214.80 ₢.

In Wiesbaden, dem Herd der Reaktion des Handwerks, zierte eine Zwangssinnung der Dekorationsmaler und eine solche der Lüncher und Stuckaturen die Weltstadt. Verhandlungen des Gesellenausschusses mit dem Vorstand der Lüncherinnung sind zur Unmöglichkeit geworden, weil letztere eine Meinung des Gesellenausschusses überhaupt nicht vertreten kann. Die Malerinnung richtet sich immer nach ihrer stärkeren Schwestern, die auch den Ton in gemeinsamen Fragen angibt. Gleichzeitig ohne vorherige Verhandlungen teilten beide Innungen auf untere Forderungen mit, daß sie diese ablehnen, "wir sollen gegebenenfalls — im Herbst — wieder auf die Forderungen zurückkommen." Auf diese Antwort beschlossen am 24. März 1122 Kollegen den Streit, in den am 26. März 1122 Kollegen einztraten. Verhandlungen des Gewerberichts sowie unserseits scheiterten an der ablehnenden Haltung der beiden Innungsvorstände. Selbst einige Mitglieder der Innung waren mit den Maßnahmen des Innungsvorstandes nicht mehr einverstanden und be-

riefen eine Versammlung zu einer Aussprache hierüber ein. Doch die Allgemeintagungen von der Innung erhielten Wind, sie sahen alles daran, die eingeladenen von der Versammlung abzuhalten und besetzten dann das Lokal mit ihren Leuten. Die Versammlung konnte natürlich ihren Zweck nicht erreichen und endete gleich nach Eröffnung unter hämischen Gejohlen, wobei die „Bildung“ der Herren besonders in „seineren“ Formen zum Ausdruck kam. Das faulose Verhalten der Stukkaturen hatte bereits bereit in der vierten Woche den Plan gereift, den Kampf abzubrechen, jedoch kam es erst in der 7. Streitwoche dazu.

In Worms legten am 9. Mai 85 Kollegen die Arbeit niederr. Der Kampf drehte sich hauptsächlich um die vom Süddeutschen Maler-, Lackierer- und Lünchermeisterverband „protegierte“ Mindestleistung nach dem „Meternetz und Balkubel“. Mit bereiteten Rungen suchten die Arbeitgeber ihre Mindestleistung durch die Presse, die bereitwillig ihre Spalten öffnete, während die Berichte der Gehülfen in den Papierkorb manerten, populär zu machen. Trotzdem die Arbeitgeber selbst zugaben, daß die Mindestleistung praktisch nicht durchführbar sei, klammerte man sich immer wieder — als Äquivalent gegen den Mindestlohn — daran fest. Leider war die innere Festigkeit unter den jungen Mitgliedern noch nicht sehrart gestärkt, um den Kampf lange fortzuführen und so wurde er nach der dritten Streitwoche eingestellt. Brachten die Lohnkämpfe in Wiesbaden und Worms keinen abschließenden Erfolg, so trat doch nach dem Streit eine Erhöhung der Löhne um durchschnittlich 2—3 ₣ pro Stunde ein.

Ein günstiger entwickelte sich die Lohnbewegung im September in Oberstein. Nach einätigem Streit wurde die Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden und ein Mindestlohn von 45 ₣ für Gehülfen über 20 Jahre und 38 ₣ für solche unter 20 Jahren, sowie eine allgemeine Erhöhung der Löhne erreicht.

Zur Arbeitseinstellung kam es noch bei Höyler und Graubner, Wagenfabrik in Frankfurt a. M., die nach vier Tagen mit einem Erfolg der vier Beteiligten endete. In der Stofflodenfabrik Simich in Frankfurt waren infolge einer Bewegung zwei Kollegen in Mitleidenschaft gezogen. Lohnbewegungen ohne Streit fanden statt in Friedberg-Rauhheim, Gießen, Höchst, Marburg und Neu-Jenning und in fünf Betrieben der Lackierer. In Friedberg-Rauhheim gelang es zum ersten Mal einen Lohn und Arbeitstarif abzuschließen, der die zehnstündige Arbeitszeit und einen Lohn von 42 ₣ für die älteren und 32 ₣ für die jüngeren Kollegen festlegte.

Für die Fabriker in Frankfurt a. M., die in Weißbindergeschäften arbeiteten, wurden die bereits von den Spezialgeschäften gezahlten Löhne von 63 ₣ pro Stunde und die neunstündige Arbeitszeit durchgeführt.

Die Lackierer hatten teilweise erfolgreiche Bewegungen, die durch Einigung bei Verhandlungen endeten; bei Voigt und Höffner in Frankfurt a. M., Fahraborte bei P. Weil in Rödelheim, Frankfurter Maschinenfabrik Groß-Auheim, Brannecker und Kahn, Möbelfabrik in Worms, und in der Waggonfabrik in Mombach bei Mainz. — Die Bewegungen in Gießen, Höchst und Marburg, sowie der Lackierer in Neu-Jenning wurden nicht zu Ende geführt und auf später vertagt; überall trat aber dadurch eine Erhöhung des Lohnes ein.

Um nachstehende Richtigstellung ersucht uns betr. der Ausführungen zum Stettiner Streit in Nr. 24 das frühere Mitglied des Lößvereins der Maler Stettin, L. Hert Dr. Blittner: „1. Es ist nicht wahr, daß durch das Verhalten der Gewerkevereine ein ungünstiger Eindruck hervergerufen. 2. Es ist nicht richtig, daß die Gewerkevereine acht Tage später in den Ausland traten. 3. Es ist ferner nicht richtig, daß die Mitglieder der Gewerkevereine nach und nach sich bequemten, auch die Arbeit einzustellen, sondern Tatsache ist: 1. Daß die Gewerkevereine, nachdem sie von der Bewegung ausgeschaltet waren, erst am Vormittag des 14. Mai mittels Briefes die Nachricht von der bisher geheim gehaltenen Beschlusstafel der Arbeitgeber in Frankfurt a. M. eingingen, nachdem sie sich eingetragen, nicht anreichen. 2. Mängelt, daß die Gewerkevereine, auch wenn ein Vertrag vor dem Einigungsamt zu regeln, gescheitert, am 18. Mai, also vier Tage später, in den Ausland traten. 3. Es ist ferner richtig, daß der Beschluss der Arbeitsniederdlegung am 17. Mai mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen und am 18. Mai früh auch mit den angegebenen zwei Ausnahmen durchgeführt wurde. Dies zur Klärung des Sachverhaltes.“

Gewerkschaftliches und Soziales.

Von der Berliner Bauarbeiter-Aussperrung. Durch grobe unverschämte Läufschung suchen die Unternehmer Arbeitwillige nach Berlin zu ziehen. Es muß daher dafür gesorgt werden, daß der Plan zu schanden gemacht wird. Die beteiligten Organisationsvorstände richten an die deutsche Arbeiterschaft folgenden Appell:

Der organisierte Arbeiterschaft Deutschland zur Kenntnisnahme!

Von gut unterrichteter und interessierter Seite wird uns mitgeteilt, daß der Vorstand des „Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten“ sich mit einem Rundschreiben an alle Stellenvermittler und Agenturen für Vermittlung von landwirtschaftlichen und industriellen Arbeitern gewandt hat, indem er um Beschaffung von Maurern, Zimmerern und Bauarbeiter erfuhr. Es wird den Leuten bei 9stündiger Arbeitszeit 75 ₣ (Maurer und Zimmerer) und 50—70 ₣ für Bauarbeiter geboten und auf mindestens 8 Wochen Arbeit ausgesichert. Die Arbeit soll am Montag, den 17. d. M. beginnen. Nach dem Schreiben des Unternehmerverbundes soll die Bewegung in Berlin beendet, aber durch die Abreise der Arbeiter jetzt ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden sein. Die Herren versuchen es so darzustellen, als ob nach Aufhebung ihrer misslungenen Aussperrung in Berlin Friede im Baugewerbe eingeht etrate sei und vertheidigen die Tatsache, daß der von allen sieben Organisationen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter (also der Centralverbände, der lokalen Richtung und des christlichen Bauhandwerkerverbands) einstimmig beschlossene Streit weiter besteht und nun erst recht mit allem Nachdruck geführt wird. Die in Frage kommenden Institute und die Arbeiter sollen unter Anwendung einer großen Täuschung verleitet werden, nach Berlin Arbeitwillige zu liefern und die Arbeiter sollen dann als Streikbrecher dienen. Um diese Institute vor Geschäftsschädigung und Unlusten zu schützen und die fraglichen Arbeiter vor

Enttäuschung, sowie vor materieller und moralischer Schädigung zu bewahren, richten wir an alle Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftsvereine und die einzelnen organisierten Arbeiter das Ersuchen, in ihrem Wirkungskreis genau Obacht geben zu wollen, ob von diesen Instituten oder andern Einrichtungen und Personen Arbeiter der drei Berufe für Berlin angeworben werden. Und wenn dies geschehen sollte, diese Institute und die Arbeiter über den wahren Sachverhalt aufzuklären, damit verhindert wird, daß die Betroffenen nach Berlin ziehen.

Der Streit dauert unverändert fort!

J. U. der sieben Organisationsvorstände:

J. Silberschmidt, Berlin SD, Engelser 15.

— Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Centralverbände von 1890—1905. Vor kurzem hat die Generalkommission umfangreiche statistische Tabellen veröffentlicht, die ein Gesamtbild der gewerkschaftlichen Entwicklung in Deutschland von 1890—1905 geben und die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation darlegen. In diesen fünfzehn Jahren haben sich die Centralverbände um 2 auf 64 vermehrt. Inzwischen aber haben sich aufgelöst oder sind in schon bestehende Centralverbände übergegangen die Verbände der Massenarbeiter, former, Holzhülfearbeiter, Goldarbeiter, Flößer, Korbmacher, Bergarbeiter Sachsen, süddeutsche Müller, Seiler, Büchsenmacher, Drechsler, Stellmacher, Tischler, Blätterin, Bergarbeiter im Saarrevier, Centralverein der Frauen, Posamentierer, selbständigen Barbiere, Fabrikarbeiter, Biegler, Musikinstrumentenmacher, Lohgerber, Weißgerber, Schlosser, Maler in Bayern, Mechaniker und süddeutsche Zimmerer. Fürwahr ein Bild, das uns zeigt, wie sich die Organisationsform der Centralverbände als wirtschaftliche Notwendigkeit durchgesetzt hat.

In der Entwicklungspériode von 1890—1905 ist die Mitgliederzahl von 277 659 auf 1 344 803 gestiegen. Leider haben einige wenige Gewerkschaften für die Jahre 1891 bis 1897 der Generalkommission keine Angaben über Kasenverhältnisse gemacht. Nach den Berichten aber von 55 Gewerkschaften stiegen die Einnahmen in der Zeit von 1890 bis 1905 auf 1 116 583 (pro Kopf 6.68 ₢) auf 27 812 257 ₢ (pro Kopf 20.68 ₢) und die Ausgaben von 1 606 534 (pro Kopf 9.62 ₢) auf 25 024 234 ₢ (pro Kopf 18.61 ₢). Der Vermögensbestand jedoch stieg von 427 058 ₢ (pro Kopf 2.56 ₢) auf 19 635 850 ₢ (pro Kopf 14.60 ₢). Die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften als Organisationen des Massenkampfes illustriert folgende Angaben: In sämtlichen Industriegruppen wurden von 1890—1905 insgesamt 11 370 Streiks und Aussperrungen durchgeföhrt, woran 1 401 288 Personen, gleich 23.92 Proz. der Bevölkerung, beteiligt waren. Nach Industriegruppen geordnet betragen die Ausgaben für Streiks und Aussperrungen: Baugewerbe 1 151 402 ₢, Metallindustrie 8 050 184 ₢, Holzindustrie 6 651 344 ₢, Bekleidungsindustrie 2 107 541, Markt, Handels- und Transportgewerbe 2 146 817 ₢, Graphische Gewerbe und Papierindustrie 2 114 866 ₢, Fahrzeugs- und Genußmittelindustrie 1 405 052 ₢, Keramische Gewerbe 1 353 842 ₢, Lederindustrie 575 474 ₢, Bergbau 1 909 613 ₢, Textilindustrie 2 606 633 ₢, Fabrikarbeiter 1 071 126 ₢, Gärtner 25 896 ₢, Barbiere 6685 ₢, Gemeindearbeiter 6349 ₢, Gastwirtschaft 1887 ₢ und Bildervertrümmer 457 ₢. Nach diesen Angaben wurden für Streiks und Aussperrungen insgesamt 37 052 794 ₢ ausgegeben.

— Die 8½ stündige Arbeitszeit mit entsprechender Lohnhöhung haben die Dachdecker in Berlin nach zwölfzigem hartem Kampf errungen. Am Sonnabenden wird schon von jetzt ab nur 8 Stunden, an Tagen vor hohen Feiern nur 7 Stunden gearbeitet. Folgende Lohnsätze wurden vereinbart: Für Dachdecker vom 1. Juli ab bis 30. Juni 1908: 80 ₢ Stundentlohn, für die folgenden zwei Jahre 82½ ₢ und von 1910—1912: 85 ₢. Für Hilfsarbeiter im ersten Jahre 65 ₢, in den folgenden zwei Jahren 57½ ₢ und danach 60 ₢. Für die Dachdecker erhöhen sich diese Lohnsätze auf 75, 77½ und 80 ₢. So marschiert, Schritt für Schritt kämpfend, die Arbeiterschaft dem Achtstundentag entgegen. Auch die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter, die zurzeit um den 8½ stündigen Arbeitsstag kämpfen, werden dies Ziel erreichen, ohne daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit im Baugewerbe der Nutzen der Unternehmer, wie stets behauptet, herbeiführt wird.

— Der Siegeszug der freien Gewerkschaften. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission gibt in seiner letzten Nummer das Endresultat der Mitgliederzahlen von den am Jahresende 1906 bestehenden 62 Centralverbänden:

	1905	1906

<tbl_r cells="3" ix="3" maxcspan="1" maxr

Hungsschigkeit unserer Gewerkschaften in demselben Maße gestiegen ist, wie ihre Mitgliederzahl. Erhöhte Leistungsfähigkeit aber bedeutet ohne weiteres höhere Werkskraft.

Soweit bisher Nachrichten über die Mitgliederbewegung im ersten Quartal des laufenden Jahres bekannt geworden sind, hat die günstige Entwicklung des vorigen Jahres angehalten. Wir haben also die begründete Hoffnung, daß die zweite Million in unsern Centralverbänden gewerkschaftlich organisierter Arbeiter denächst erreicht sein wird.

Ein Jahr des Kämpfes und der organisatorischen Erfolge war das Jahr 1906. Dass auch unsere Kämpfe erfolgreich waren, hat selbst die auf Polizei- und Unternehmerberichten basierende amtliche Streikstatistik nachweisen müssen. Mögen auch vereinzelt Niederlagen zu verzeichnen sein, auch diese werden mir dazu dienen, die Kraft der gewerkschaftlichen Bewegung durch entsprechenden Ausbau der Organisation zu heben.

Versammlungsberichte.

Berlin. Die am 13. Juni im Gewerkschaftshaus tagende Filialversammlung beschäftigte sich im 1. Punkt der Tagesordnung mit der Erhöhung der Sommerbeiträge. Vorsitzender Koll. Mies unterbreitete in längeren Aussführungen die Beweggründe der Verwaltung, die sie veranlaßten, jetzt in dieser kritischen Zeit an die Mitglieder mit einer Beitragserhöhung heranzutreten. Wohl sei die Verwaltung von der am Orte eminent um sich greifenden Arbeitslosigkeit infolge der Aussperrungswut der Baumagnaten wohl unterrichtet, aber bessern ungeachtet sei die Verwaltung überzeugt, daß unsere Mitglieder auch in Zeiten der Krise über derartige Fragen sachlich diskutieren können. Von einem Vorschlag über die Höhe des Bußgeldes hätte die Verwaltung Abstand genommen und sollte dieses ganz den Mitgliedern überlassen bleiben. Für uns gelte es nun, auch zugleich für unsere Filiale einen ansehnlichen Kampfssonds anzusammeln, um die Mitglieder bei den zu erwartenden Lohnkämpfen in unserer Branche event. mit einem Volksauflösung oder Mietszuschuß unterstützen zu können. Denn es sei mit Bestimmtheit zu erwarten, daß unsere nächste Lohnbewegung sich bedeutend hartnäckiger gestalten wird. Was heute den Maurern widerfährt, stehe uns noch bevor, darum heißt es, bei Seiten den Kampfssonds zu stärken. In der sich hieran anschließenden Diskussion wurde von keiner Seite die Notwendigkeit bestritten. Nur sei es jetzt momentan nicht angebracht, die Beiträge in einer Zeit der größten Arbeitslosigkeit zu erhöhen; wenn die Verhältnisse jedoch wieder geregelter werden, werden die Kollegen es doppelt nachholen. Ein Antrag auf Erhöhung der Sommerbeiträge um 5 % vom 1. Juli ab wird trotzdem mit großer Mehrheit angenommen. Hierauf erstattete der Vorsitzende Bericht über den Kampf der Maurer und soweit wir daran beteiligt sind. Auf den Bauten Hotel Fürstenhof, Potsdamerplatz und Hotel Adolphe am Pariser Platz seien die Differenzen in Güte geregelt worden. Auf einer Hauptgruppenkonferenz wurde von allen Organisationen Solidarität in weitgehendstem Maße angesagt. Dennoch wurde seitens des Maurerverbandes jeglicher Sympathiestreich abgelehnt, denn tarifmäßig dürfe keine Organisation werden. Die Versammlung erklärte sich dahingehend, die streikenden resp. ausgesperrten Maurer in jeder Beziehung zu unterstützen, jegliche Streikarbeit, wie Fassadenverputzen usw., strikte zurückzuweisen. Fernerhin dafür Sorge zu tragen, überall, wo Streikbrecher tätig sind, diese über ihr unkollegiales Verhalten aufzuhüten. Ebenso erklärten die Versammelten den streikenden Bäckern durch strikte Unrechthaltung des Boykotts zum vollen Siege für ihre minimalen gerechten Forderungen zu verhelfen.

Breslau. Die am 6. Juni stattfindende Mitgliederversammlung beschäftigte sich in erster Linie mit den inneren Angelegenheiten des Tariffs durch eine lange Sitzung. Der Berichterstatter wurde angeschlossen, ob sie gegen die Lohnbewegung, die die Kollegen meistens durch den Aufschluß des Lohntarifes für erledigt hielten, jetzt erst einsehe, nachdem sich herausgestellt habe, daß eine Reihe von Arbeitgebern und charakteristischer Weise sind die größten Firmen dabei, den Lohntarif nicht strikt einzuhalten und durch allerhand Kunstnisse diesen flagranten Streitbeharrung zu decken suchen. Zu diesen Firmen gehören u. a. die Herren: Hofmalermaster Hans Müller, die Firma Scholz u. Meissle, Edmund Görry, während doch eine Reihe kleinerer Meister die Forderungen des Lohntarifes unbeeinflußt bewilligten. Interessant sei, daß Herr Münnich früher stets für alle Beschlüsse strengste Durchführung forderte, nun selbst aber zu den Tarifverträgen zählt. Er forderte von seinen Leuten, nach dem 1. April, an welchem Tage der Tarif in Kraft trat: "Wer für 24 bzw. 35 % nicht arbeiten wolle als Austrichter, der könne gehen; ebenso macht er dieses Anerbieten allen Neueintretenden, während der Minimallohn 37 % nach dem Tarif beträgt. Man weiß nicht recht, welche Motive den Herrn veranlassen, so zu handeln, ob hier etwa das Hofdiplom schuld ist?"

Auf recht eigenartliche Weise suchte sich Herr Scholz von der Firma Scholz u. Meissle zu verteidigen. Auf die von der Lohnkommission bei dem Arbeitgeberverbande erhobene Beschwerde über diese Firmen gab er in der gemeinsamen Sitzung die famose Erklärung ab, daß er zehn Prozent, wie gefordert, auf seine, allerdings dem vorigen Abkommen schon nicht entsprechenden Löhne, bewilligt habe. Auf den Hinweis, daß mit diesen Löhnen die Mindestgrenze für den neu abgeschlossenen Lohn nicht erreicht werde, machte er den Einwand, daß der größte Teil der bei ihm beschäftigten Leute minderwertige Arbeitskräfte seien. Eine Klausel des Tarifes, von der er Gebrauch mache. (Dabei ist zu erwähnen, daß Herr Scholz Mitglied der Tarifkommission des Arbeitgeberverbandes ist.)

Auso dieser Herr, der mit einer der größten Arbeitgeber im Malergewerbe in Breslau ist, für Gehörden und Private die meisten Arbeiten ausführt, erklärt, er arbeite durchweg nur mit minderwertigen Arbeitskräften. Und das haben sich die Herren Innungsmeister und die vom Arbeitgeberverband ruhig angehört.

Nun, unsere Kollegen sind damit aber nicht einverstanden und protestieren dagegen, daß sie, die jahrelang dort tätigen Arbeiter, die alle Arbeiten bei ihm ausführten,

nun auf einmal als minderwertig eingeschätzt werden. Sie dürfen sich auch nicht so einschützen lassen, weil sie dann mit diesem Odium belastet, in jeder anderen Werkstatt ebenfalls als minderwertige Kraft bezahlt werden würden. Zugemäß gehört die Firma zu denen, die durch Insolvenz in allen Breslauer Zeitungen noch vor dem Inkrafttreten des neuen Lohnarifses bekannt machte: "daß infolge des neu abgeschlossenen Lohnarifses eine 25prozentige Erhöhung der Preise für Malararbeiten gefordert werden müsse."

Auch Herr Edmund Görry erklärte auf Vorhalten in der betreffenden Sitzung, daß er die Sache so verstanden haben will wie sein Kollege Scholz, daß auf seine bestehenden Löhne 10 Prozent zugelegt werden sollten. Er diente zunächst garnicht daran, mehr Zugeständnisse zu machen. Nachdem ihm aber vom Obermeister Herrn Ludwig ganz energisch die Situation klar gemacht worden war, versprach er sich, die tarifmäßigen Löhne zu zahlen und vom 1. April ab jedem bei ihm Beschäftigten, der den Minimallohn noch nicht erhalten, diesen Betrag nachzuzahlen. Herr Görry scheint aber seinen Leuten gegenüber das abgegebene Versprechen völlig vergessen zu haben — denn diese haben bis heute noch nichts davon gespürt.

Die beste Illustration zu unserer Lage in Breslau ist es, wenn angeführt wird, daß ein Herr Weisser von der Sternstraße, der auch zum Verzeichnis der Meister zählt, es sich herausnehmen durfte, zu seinen Leuten, die unter Verlust auf den Tarif, Laufgeld für außerhalb des Reichsbildes der Stadt ausgeführte Arbeiten verlangten, zu sagen: "Was wollt ihr, Laufgeld, — Packpässen könnt ihr kriegen!" Es müssen traurige Figuren sein, die dem "Herrn" nicht in entsprechender Weise zu begegnen wußten. So viel zur Kennzeichnung der gegenwärtigen Situation. Die in den nächsten Tagen stattfindende öffentliche Versammlung wird sich darüber schlüssig werden müssen, welche Stellung die Breslauer Kollegen der Sachlage gegenüber einnehmen. Bemerkt sei noch, daß es gerade in den meisten Fällen die zuerst eingesetzten Kollegen sind, welche in ihrer Unwissenheit den größten Schaden anrichten.

Cassel. Am 5. Juni war eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, welche sich mit Beitragserhöhung befassen sollte. Folgender Vorschlag: die Sommerbeiträge um 10 % wöchentlich zu erhöhen, im Winter wie sonst zu belassen, wurde den Kollegen zur Annahme empfohlen. In der Begründung wurde den Kollegen klar gemacht, daß sie dadurch nicht belastet, sondern entlastet würden. Gewöhnliche Gewerkschaftsmitglieder müssen zum Gewerkschaftshaus dieses Jahr nochmals 2 % beisteuern. Diese 2 % sollten dann aus der Filialkasse bezahlt werden. Werde der Vorschlag angenommen, so hätte pro Mitglied in diesem Jahre 30 % erwartet. Am 1. Juli sollte die Beitragserhöhung in Kraft treten. Zerner wurde der Beschluss der Generalversammlung in Leipzig zur Kenntnis gebracht. Vom 1. Juli d. J. müssen 5 % pro Marke mehr an die Hauptkasse abgeliefert werden. Wie schwer das Einziehen der Extrabeiträge gehalten hat, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Das übrigens es doch unmöglich ist, im Winter mit den verbleibenden 5 % zu hanthalten zu können, müßte ohne weiteres jedem einsichtigen Kollegen einleuchten. Fast unglaublich ist, was verschiedene Kollegen gegen die Beitragserhöhung ins Feld führten. Einige Kollegen haben tapfer für Erhöhung plädiert. Es nutzte alle nichts, die Abstimmung ergab, daß der Antrag mit 94 gegen 85 Stimmen abgelehnt wurde. Vier Stimmen waren ungültig und einige Kollegen haben sich der Abstimmung enthalten. Kollegen, die schließlich das ganze Jahr keine einzige Versammlung besuchten, kommen dann bei derartigen wichtigen Anlässen zusammen und treffen die Entscheidung über das Wohl und Wehe der Filiale! Viele mögen sich noch einbilden, durch die Abstimmung ein großes Werk vollbracht zu haben! In die jüngste Sitzung, die die Eröffnung abhatte, bei der die Abstimmung erfolgte, ist ja der Antrag, der auf der Sitzung vorher gestellt, nicht daran berichtet, daß nun immer wieder Fragen beantwortet wurden, die schon längst erledigt sind. Deshalb Kollegen, besucht alle Versammlungen und beteiligt Euch alle an dem Ausbau unserer Filiale. Gegenseitige Aufklärung auf den Arbeitsstellen ist ebenfalls sehr not. Arbeitet Ihr mit unorganisierten Kollegen zusammen, so klärt diese über den Zweck und Nutzen unserer Organisation auf! Helft ein jeder mit, wo er nur kann. Das Treiben des gesamten Unternehmertums läßt manchem gleichgültigen Kollegen die Augen öffnen. Mögen unsere Mitglieder diese paar Worte beherzigen, dann wird sicher, wenn wir uns mal wieder mit Beitragserhöhung befassen, das Verständnis für die Notwendigkeit bei allen Kollegen vorhanden sein. In Zukunft werden wir uns noch über manche wichtigen und ernsten Fragen unterhalten müssen. Vom 1. Juli d. J. beabsichtigen wir einen Arbeitsnachweis auf eigene Kosten einzurichten. Dieses den Kollegen schon jetzt zur Kenntnis. Der Bericht von der Generalversammlung in Leipzig, der darauf erstattet wurde, fand allseitige Zustimmung.

Göttingen. Die letzte Mitgliederversammlung nahm u. a. auch Stellung zu den Kollegen, die in Eisenach Streikarbeit verrichtet hatten. Der Vorsitzende gab die nötige Aufklärung und verlas die von Eisenach eingegangenen Schreiben. Aufschärfende wurde von den Anwesenden dies unsolidarische Verhalten verurteilt, wenn auch als Missverständnis Grund Unkenntnis der Sachlage angenommen werden kann. Unbedingt müsse der Solidaritätsgedanke gepflegt werden, dazu gehöre aber auch regelmäßiger Versammlungsbesuch, der hier sehr zu wünschen übrig lasse. Dann muß das Vereinsorgan jede Woche genau studiert werden, um sich aufzuklären und über die Vorgänge in unserm Berufsleben orientiert zu sein. Kollegen, die so ihre Pflicht erfüllen, und das muß sein, werden sich keine Verpflichtung gegen die gewerkschaftlichen Prinzipien zu schulden kommen lassen und Mitglieder sein, auf die die Organisation in jeder Lage fest vertrauen kann.

Konstanz. (Situationsbericht.) Seit Ende Februar stehen wir hier in Lohnbewegung und hofften, auf friedlichem Wege einen neuen Tarif abschließen zu können, denn in dem Schreiben der Meister vom 4. März heißt der Schlussatz: "Es wird uns angenehm sein, die Erledigung betr. Punkte zu beiderseitiger Zufriedenheit regeln zu können." Sonntag den 10. März hatten wir die erste Verhandlung, die ein ganz gutes Resultat zeitigte.

Aber die Meister ließen nichts mehr von sich hören, sie glaubten wohl, durch Hinauszögern der Verhandlungen die dringendsten Arbeiten fertig stellen zu können. Auf unser Betreiben erhielten wir am 18. April folgendes Schreiben: "Wir gef. Mitteilung, daß eine Antwort seitens unserer Verbandsleitung in Karlsruhe und München sowie des hiesigen Arbeitgeberverbandes für das Handwerk noch aussteht, jedoch ein Monitum an Betreffende abgegangen ist". Auch von unserer Seite wurde jetzt energetischer gearbeitet. Eine öffentliche, sehr gut besuchte Versammlung beschloß, von den Meistern bis zum 28. April eine definitive Antwort zu fordern. Wir erhielten auch am 28. April vom Vorstand der Meisterschaft folgendes Schreiben: "In Beantwortung Ihres Schreibens zur Nachricht, daß wir leider nicht in der Lage sind, Ihre Forderungen von 48 % Minimallohn und 9½ Stunden Arbeitszeit zu bewilligen, da wir ja erst vergangenes Jahr in entsprechender Weise Ihren Wünschen Rechnung getragen haben. Wir haben nicht nur die Interessen der Gehüllenschaft, sondern auch die unserer Lohnschaft zu berücksichtigen und wäre eine Steigerung der Preise im Nahmen Ihrer Forderungen geradezu der Stein unseres Handwerks, ganz besonders auch in Unbetracht der zur Zeit wenig günstigen Konjunktur. Wir geben unserem Gedanken Ausdruck, daß durch die maßlose Höhe Ihrer Forderungen einer Verständigung auf friedlichem Wege der Boden entzogen ist, eben jedoch Ihnen angedrohten und bereits beschlossenen Maßnahmen in Ruhe entgegen." Ei, ei, seit wann vertreten die Meister die Interessen der Gehüllenschaft? Als eine herartige Antwort waren wir gesetzt. Bisher war die Stimmung der Kollegen eine gute, verschiedene hatten schon ihr Bild geschnitten, um jeder Zeit abreisen zu können. Aber jetzt wurde von allen Seiten gebremst, wo wie einen entscheidenden Schlag hätten führen können. Warum? Wir sollten erst die Organisation besser ausbauen, auch sei die Konjunktur hier keine günstige. Jetzt haben wir das Nachsehen und die Konstanzer Meister lassen sich eins ins Fäustchen. Man sollte doch den Kollegen nicht ein X für ein U vornimachen. Sind wir Provinzialstädtchen denn die wendende Kug für die anderen? Wie es scheint, ist unsere Leitung ängstlich bemüht, jeden Kampf zu vermeiden. Wir müssen jetzt wieder da anfangen, wo wir vor ein paar Jahren aufgehört haben. Wir warnen daher jeden Kollegen, nach Konstanz zu reisen. Huzig muss streng sorgfältig gehalten werden.

Am. d. Neb. Wenn die K. Kollegen wieder da anfangen müssen, wo sie vor einigen Jahren aufgehört haben, so genügt das vollständig schon zur Kennzeichnung der Situation am Orte. Gewiß ist es für unsere Verwaltungskollegen oft eine schwere Aufgabe, nicht zu verzagen, wenn es mit der Bewegung nicht so vorwärts geht, wie es sein möchte, wenn Forderungen gestellt werden. Die Gewinnung, Aufklärung und Erziehung der Mitglieder lässt sich aber nicht mit Gewalt erzwingen, dazu gehören oft lange Jahre der Mühe und Arbeit. Liegen nun aber einmal in einem Orte, wie in Konstanz, die Organisationsverhältnisse noch sehr zurück, — Ende 1908 war noch nicht die Hälfte der beschäftigten Kollegen organisiert — so sind die Chancen zu einem eventl. Lohnkampf außerordentlich fragwürdig, so daß die verantwortlichen Kollegen die Pflicht hatten, von einem Kampf abzuraten. Mit ungeschulten und unzufriedenen Truppen führt man keinen Kampf, das ist die erste und wichtigste Kriegsregel, und wenn die Kollegen in K. das Streikreglement und den Leistungen zur Hand nehmen und die Bestimmungen respektiv überlegen, werden sie gewiß zur Überzeugung kommen, daß Vorstand und Bezirksleiter in der gegebenen Situation richtig gehandelt haben. Auf die übrigen Vorstände einzugehen, können wir ruhig unterlassen, sie überlegen sich von selbst. — Über darum den Mut nicht verlieren, sondern mit verdoppelten Kräften danach streben, das gesuchte Ziel zu erreichen. Wenn dies nunmehr die Parole unserer Kollegen ist, wird bald nachgeholt werden können, was dieses Jahr noch nicht gelang und die Lehrer und der Lohnherr ganz neuen ihre Früchte reichlich holen.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Der Umsatz des deutschen Innungswesens. Nach den Mitteilungen des preußischen Handelsministeriums bestehen zur Zeit in Preußen 84 Innungsverbände mit 4416 Innungen und 211 875 Mitgliedern. Die stärksten Innungen sind darunter der Centralverband deutscher Bäckerinnungen "Germania" mit 1096 Innungen und 51 046 Mitgliedern, sodann der Deutsche Fleischerverband mit 1135 Innungen und 38 476 Mitgliedern, der Bund deutscher Schneidervorwerke mit 250 Innungen und 22 043 Mitgliedern, der Bund deutscher Bäckerei-, Friseur- und Bäckereimacherinnungen mit 374 Innungen und 19 938 Mitgliedern usw. Im Jahre 1903 bestanden in Preußen 33 Innungsverbände mit 4194 Innungen und 188 421 Mitgliedern. Die Zahl der den Innungsverbänden angeschlossenen Innungen hat demnach in den letzten Jahren um 322, die Zahl der Mitglieder um 23 238 zugenommen. Diese Innungen machen aber nur etwa die Hälfte der in Preußen überhaupt bestehenden Innungen aus. Nach der amtlichen preußischen Statistik bestanden in Preußen 33 Innungen:

	1902	1904	Zunahme
Freie Innungen	5582	5805	223
zwangsinnungen	2181	2864	683
Summa	7768	8669	906

Die Zwangsinnungen stehen demnach hinter den freien zurück, sie betragen nur 40 Prozent von diesen, haben sich aber schneller als sie vermehrt. Sogar in Deutschland dürften jetzt wohl mehr als 11 000 Innungen mit mehr als 500 000 Mitgliedern bestehen. Dazu kommen noch etwa 1400 Gewerbevereine mit etwa 150 000 Mitgliedern, darunter etwa 100 000 Handwerker, so daß im ganzen etwa 600 000 Handwerker im Deutschen Reich organisiert sind. Da es in Deutschland etwa 1 200 000 selbständige Handwerker gibt, so ist ungefähr die Hälfte in Innungen und Gewerbevereinen organisiert. Es ist zu beachten, daß die wenigsten Innungen auf dem Standpunkt der extremen Blauflöter stehen, die meisten freien Innungen teilen diesen Standpunkt nicht, und die Gewerbevereine sind ihm auch abhold.